

PRESSETEXT 10.11.2017

Weibliche Genitalbeschneidung

Eine ganztägige Veranstaltung des Evangelischen Forums, des Forums Asyl in Schwalmstadt und der Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werkes im Schwalm-Eder-Kreis informierte am 8. November über das Schicksal von 200 Millionen Frauen, die weltweit von Beschneidung betroffen sind. Der Fortbildungstag für hauptberuflich Beratende und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit sollte diejenigen, die beschnittene Frauen in der Region begleiten, handlungsfähig machen. Eine erste Beobachtung der Teilnehmenden war, dass auch sachlich gehaltene Berichte über das Thema die ganze Wucht der Menschenrechtsverletzung an Kindern und Mädchen in den Raum brachten. Schon von „weiblicher Beschneidung“ zu hören, löste Schmerz und Betroffenheit aus.

Hygienische Fehlinformationen, ein fragwürdiges Schönheitsideal und die Bedeutung der Beschneidung für eine kulturelle Gruppenidentität prägten die 3000 Jahre alte Tradition. Überhöhte Reinheitsvorstellungen und Gruppendruck behinderten die Bildungsarbeit, so die Referentinnen Elvira Niesner und Charlotte Ndam Njikoufon von der Frauenberatungsstelle FIM („Frauenrecht ist Menschenrecht“) in Frankfurt. Es sei wichtig, vertrauensvoll und auf Augenhöhe mit den Betroffenen zu arbeiten, betonten sie. Dennoch dürfe nicht verschwiegen werden, dass die Beschneidung eine Gewalttat sei, die vorwiegend in 28 afrikanischen Ländern und Indonesien ausgeübt werde, obgleich sie dort in der Regel ebenso verboten sei wie in Deutschland. 80 Prozent der betroffenen Frauen seien Musliminnen, wenn auch die Beschneidung keine religiöse Begründung habe, so die Referentinnen.

Silvia Scheffer, Flüchtlingsberaterin der Diakonie in Homberg betonte, drohende Beschneidung sei ein Asylgrund in Deutschland. Sie wies darauf hin, dass andererseits Pässe entzogen werden könnten, um die Ausreise aus Deutschland und die Gefährdung der von Beschneidung bedrohten Mädchen beim Heimaturlaub zu unterbinden. Auch könnte die Beschneidung der Kinder zum Verlust des Asylstatus der Eltern führen.

Bei aller Emotionalität des Themas sagten die Frankfurter Menschenrechtlerinnen den Frauenberaterinnen: „Die nachvollziehbare eigene Dramatisierung ist ein großer Hinderungsgrund für Hilfe.“ FIM sei vor 25 Jahren deutschlandweit die erste Einrichtung gewesen, die mit den Betroffenen gearbeitet habe und das Schema „weiße Berichterstattung über“ verlassen habe. Der Erfolg gebe ihnen Recht. Sie ermutigten für die praktische Arbeit, es sei für viele Betroffene in Ordnung und aus der Menschenrechtsperspektive nötig, die Verstümmelung von Frauen zu thematisieren.

Dierk Glitzenhirn

<<Bildunterschrift: Mitveranstalterinnen und Referentinnen des Fortbildungstages gegen weibliche Beschneidung: Clara Förster, Silvia Scheffer, Charlotte Ndam Njikoufon, Elvira Niesner.>>